



Anti-Guerilla-Einsatz portugiesischer Truppen gegen ein Dorf in der Kolonie Moçambique: Im Namen der Zivilisation gefoltert.

Portugal: Kolonien auf Zeit?

Seit über einem Jahrzehnt führte die letzte Kolonialmacht – Portugal – in Afrika, von der Welt fast unbemerkt, den letzten Kolonialkrieg. Massaker-Berichte von Missionaren, dementiert und dann doch durch Zeugen bestätigt, brachten eine Wende: Portugal wird selbst von seinen Verbündeten angeklagt.

Gott hat die Schwarzen und die Weißen erfunden, die Portugiesen aber, die hat der Teufel erfunden, sagt ein altes Sprichwort der Eingeborenen in Portugals Afrika-Kolonien. Den Schwarzen scheint es heute so göltig wie je.

Denn wie die letzten Kolonialherren in Afrika sich aufführen, schilderte der desertierte Soldat Manuel Fernando de Almeida Matos 1969 so:

„Der Hilfssergeant Velho sagte uns, wir sollten die Alten und die Kinder in ein Haus bringen, die Mädchen sollten draußen bleiben. Wir schlossen die Alten und Kinder ein, dann setzten wir mit Stroh das Haus in Brand. Sie verbrannten alle. Nachher nahm der Hilfssergeant das schönste Mädchen, vergewaltigte und tötete es. Der Sergeant Tavares nahm auch ein Mädchen, dann griffen auch noch einige Soldaten zu, vergewaltigten die Mädchen, zum Schluß töteten sie alle.“

Das geschah bei einem Einsatz portugiesischer Kolonialsöldner in einem Guerilla-Gebiet in der kleinsten Afrika-Kolonie, in Guinea-Bissau*.

* Portugals Kolonialreich besteht aus Angola (1 246 700 qkm, 5,6 Millionen Einwohner), Moçambique (783 000 qkm, 7,8 Millionen Einwohner), Guinea-Bissau (36 125 qkm, 487 000 Einwohner), Kapverdische Inseln (3929 qkm, 272 000 Einwohner), Timor (14 925 qkm, 610 500 Einwohner), Macao (16 qkm, 248 600 Einwohner), São Tomé und Príncipe (964 qkm, 76 200 Einwohner). Zum Vergleich Portugal: 92 082 qkm, 8,6 Millionen Einwohner.

Aus der Provinz Cabo Delgado in Moçambique berichtete die Afrikanerin Joanina Moawa: „Die Soldaten töteten meine Schwester, die schwanger war. Sie öffneten ihr den Bauch und nahmen das Kind heraus. Sie töteten einen Mann und schnitten ihm den Magen auf. Dann legten sie das Kind hinein. Sie lachten wie Verrückte.“

Gleichfalls in der Kolonie Moçambique zählte der portugiesische Missionar Luis Afonso da Costa zwischen Mai 1971 und März 1972 allein in einem Bezirk der Provinz Tete 24 Massaker an der schwarzen Bevölkerung.

Aus Angola, Portugals größter Besitzung in Afrika, legte die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen folgende beedete Aussage des Zeugen Yata Nsamba vor:

„Am 24. 12. 1971 wurden alle Gefangenen des Wehrdorfes Kameya zusammengerufen und nach ihrem Weihnachtswunsch gefragt. Die Häuptlinge Mayengu, Kapapelo, Kameya und Muzaza baten darum, zum Jagen gehen zu dürfen. Darauf sagten die Portugiesen, daß die Häuptlinge zur Jagd gehen wollten, obwohl sie genau wußten, daß es im Busch Guerillas gäbe. Sie erschossen die Häuptlinge vor aller Augen, dann schlachteten sie sie und kochten ihr Fleisch. Am 25. Dezember 1971 riefen die Portugiesen die Leute, einschließlich des Zeugen, wieder zusammen und zwangen sie mit vorgehaltenen



Afrikanische Kriegsoffer in Moçambique,

Gewehren dazu, das Fleisch der Häuptlinge zu essen.“

Hunderte solcher Massaker-, Folter-, Vergewaltigungs-Dokumentationen, Berichte über Napalm-Verheerungen und Urwald-Entlaubung gab es in den letzten Jahren, gesammelt von parteiischen Guerillas, vor allem aber von unparteiischen Gottesmännern.

Sie fanden, wenn überhaupt, nur kurzlebige Beachtung. Fast ungestört konnte die letzte Kolonialmacht bisher den letzten Kolonialkrieg führen — um Übersee-Besitzungen, die 23mal so groß sind wie das Mutterland, deren sofortige Freigabe die Uno schon 1960 verlangt hatte. So konnte im Namen



„nicht irgendeiner, sondern der Zivilisation, die Portugal in Afrika verteidigt“ (Premier Caetano), über ein Jahrzehnt lang deportiert, gefoltert, vergewaltigt, gebombt, geköpft werden.

Bis vor knapp vier Wochen. Denn Mitte Juli brach urplötzlich weltweiter Streit über Lissabons schmutzigen Krieg in Afrika aus, gerieten über die Taten des Nato-Verbündeten selbst Politiker am Rhein aneinander.

Schuld daran trug Londons „Times“. Sie brachte am 10. Juli, eine Woche vor einem Staatsbesuch des Portugal-Premiers Caetano, einen Massaker-Bericht aus Moçambique. Portugiesische Soldaten, so berichtete der Briten-Pater Adrian Hastings aufgrund von Zeugnissen spanischer Missionare, hätten am Nachmittag des 16. Dezember 1972 das Dorf Wiriyamu im Tete-Distrikt überfallen und über vierhundert Einwohner hingemetzelt.

Aus Pater Hastings' Report: „Die Soldaten sahen Zostina, eine schwangere Frau. Sie fragten, ob sie einen Jungen oder ein Mädchen erwarte. 'Ich weiß es nicht', antwortete sie. 'Gleich wirst du es wissen', sagten die Soldaten. Sie schlitzen ihr den Bauch auf und rissen den zuckenden Fötus heraus. Jetzt weißt du's', sagten die Soldaten. Dann warfen sie beide in die Flammen.“

Der Bericht kam zur rechten Zeit: Empörte Briten empfingen den Staatsgast aus dem traditionell befreundeten Land mit „Mörder“-Rufen. Der von einem funktionierenden Polizei-Staat verwöhnte Besucher konterte, die Demonstranten seien nicht sein Problem, „sondern eins für die Polizei“.

vergewaltigt, gebombt und geköpft



Kolonialkrieger: „Sie lachten wie Verrückte“



Caetano wetterte gegen die „Winde des Wahnsinns“, die jäh gegen sein Land wehten, und rühmte die Waffentaten seiner Krieger in den Kolonien als existentiell „für die Zukunft des südlichen Afrika und Europas sowie für das Gleichgewicht und den Weltfrieden“.

Lissabons Informationsministerium lud Zeitungsleute aus mehreren Ländern zum Augenschein unter Armeegeleit nach Moçambique.

„Dann begannen sie zu schießen.“

Dort fand dann beispielsweise „Welt“-Korrespondent Hans Germani, vom portugiesischen Major José Carvalho zu ein paar verbrannten Hütten in einem Dorf „Wiliamo“ expediert, bloß den „Prügelknaben Portugal“, dagegen „nicht die Spur eines Beweises für das angebliche Massaker“ und schlußfolgerte kühn: „Wiriyamu hat sich ganz und gar verflüchtigt.“

Dieser Wunsch blieb unerfüllt. Denn was dem in den Busch geführten Germani verborgen blieb, fand der Reporter Pringle von der Londoner „Sunday Times“ ohne Militär-Hilfe: einen überlebenden Augenzeugen des Massakers.

In der Nähe der Missionsstation von San Pedro bei Tete traf der Brite auf António, etwa 15, mit Narben einer Schußverletzung an Schulter und Brust.

António stammte aus dem Weiler Chawola bei Wiriyamu. Die von spanischen Missionaren gezählten 400 Massaker-Opfer waren, wie Pringle nunmehr eruierte, nicht nur in Wiriyamu gestorben, sie schlossen auch die am gleichen Tag von portugiesischen Truppen massakrierte Bevölkerung der Nachbardörfer Juwau und Chawola ein.

„Die Soldaten“, erzählte António dem Reporter aufs Tonband, „trieben uns in der Mitte des Dorfes zusammen. Sie befahlen uns, in die Hände zu klatschen, dann begannen sie zu schießen.“

„Viele von uns fielen sofort zu Boden. Ich wurde von einer Kugel in die Schulter getroffen. Sie warfen trockenes Gras auf uns und zündeten es an. Ich konnte aber davonschleichen.“

António und sein vierjähriger Bruder Domingos, der einen Wadenschuß erlitten hatte, fanden im San-Pedro-Ordens-Krankenhaus Aufnahme. Domingos starb später. Beim Massaker waren auch António's Vater Mixoni, seine Mutter Firipa, sein Bruder Luciano und seine Schwester Rita umgekommen.

Am Morgen nach dem Gespräch des Briten mit dem Massaker-Zeugen fing ein Beamter des portugiesischen Geheimdienstes DGS den Reporter Pringle vor seinem Hotel in Tete ab. Im DGS-Hauptquartier nahmen die Geheimpolizisten ihm sein Tonbandgerät, Kassetten, Kamera und Landkarten ab;

dann befahlen sie Pringle, Tete sofort zu verlassen.

Am Tage nach der Publikation des Pringle-Berichtes nannte Pater Vicente Berenguer Llopis von den Burgos-Brüdern, der bis April 1973 in Moçambique gewirkt hatte, außer António noch die Namen von vier weiteren Überlebenden des Massakers: Podistra, Sarena, Manuel und Tembo. Letzten Mittwoch bestätigte der Pater den Massakerbericht auch in Bonn. Die Padres hätten darüber auch den Vatikan informiert, ohne ersichtliches Ergebnis.

Nun war nichts mehr zu vertuschen. Englands Labour Party forderte die Uno auf, ein Untersuchungs-Tribunal einzusetzen. Amnesty International kündigte an, die Organisation werde alles in ihren Kräften stehende unternehmen, um ein Verschwinden der nunmehr namentlich bekannten Zeugen zu verhindern.

„Portugals Image im Ausland ist auf einem Tiefstand angelangt“, urteilte Londons „Financial Times“. „Eine unmißverständliche Bewegung bei einflußreichen westeuropäischen Meinungsmachern — etwa der westdeutschen Regierungspartei — hat in Lissabon Ängste ausgelöst, daß Portugal in seinen internationalen Beziehungen einer düsteren Zeit entgegengeht.“

In der Tat hatten Bonns Sozialdemokraten, wegen deutscher Waffenlieferungen an Portugal und deutscher Beteiligung an dem Staudamm von Cabora Bassa in Moçambique aus den eigenen Reihen oft hart kritisiert, von Anfang an empfindlich auf die Massaker-Berichte reagiert.

Entwicklungsminister Erhard Eppler schalt den Nato-Partner im SPD-Organ „Vorwärts“, wie es noch keinem Ver-

bündeten der Bundesrepublik widerfahren war: „Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß es einem Lande wie Portugal erlaubt sein sollte, die Beziehungen Europas zu Afrika zu vergiften.“

Das Bonner AA beeilte sich zu versichern, Eppler habe nur seine eigene Meinung vertreten. Eppler-Genosse Wischniewski verdeutlichte aber, der Minister habe nicht bloß seine persönliche Meinung geäußert, sondern den offiziellen SPD-Parteitagsschluß von Hannover konkretisiert, wonach der noch bestehende Kolonialismus eine schwere Belastung für das westliche Bündnis und mit dessen Prinzipien unvereinbar sei.

Das ließ die CSU nicht ruhen. Ihr Abgeordneter Niegel brachte eine parlamentarische Anfrage über die Haltung der Regierung gegenüber Portugal ein. Was es damit auf sich hat, demonstrierte die erste Regierungspartei durch eine Einladung des SPD-Vorstandes an



die Führer der schwarzen Befreiungsfront für Moçambique, Frelimo.

Vorletzten Freitag traf die Frelimo-Abordnung in Bonn ein, geführt vom Vize-Chef Marcelino dos Santos. Solche „Freunde aus dem Untergrund“ verstörten den „Welt“-Chefredakteur Kremp, der sich sorgte: „Mit welchen Terroristen wird sich dieses Land noch gemein machen?“ Portugals Botschaft polemisierte gegen den Besuch, der „den legitimen Kampf Portugals in Moçambique um politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt vollkommen ignoriert“.

Vorstandsmitglied Wischniewski, der die Gäste betreute, kündigte, von solchem Störfeuer unbeirrt, an, die SPD wolle eine Konferenz der europäischen Sozialdemokraten einberufen, um eine gemeinsame Position gegenüber Portugal festzulegen.

Der FDP-Abgeordnete Möllemann verlangte die „völlige Einstellung“ deutscher Waffenlieferungen an den Nato-Partner Portugal — eine Forderung, die wiederum dem früheren Luftwaffen-Inspekteur Kammhuber „geradezu dumm und unglaublich“ erschien.

Jeden Tag zwei Millionen für den Krieg.

Bonns Sozialdemokraten, Englands Labour Party, Schwedens Regierung — die der Frelimo offiziell Hilfsgelder überweist —, Kirchen, Gewerkschaften und internationale Organisationen könnten Portugals Kolonialkrieger tatsächlich in Bedrängnis bringen.

Denn ohne Unterstützung mächtiger Verbündeter kann das Armenhaus am Rande Europas (Pro-Kopf-Einkommen 2364 Mark im Jahr, Analphabetenrate über 30 Prozent) seinen Afrika-Feldzug (Kosten: mehr als zwei Millionen Mark pro Tag) nicht unbegrenzt fortführen. Ohne Hilfe von außen könnten sich Premier Caetano's starke Worte, wonach Portugal „unter keinen Umständen seine Überseeprovinzen aufgeben wird“, bald als hohle Phrase erweisen — so hohl wie die ganze koloniale Phraseologie in den vergangenen Jahrzehnten.

Portugal, so wollten die Lissabonner Kolonialherren der Welt stets weismachen, ist in Afrika, weil die „Imperative unserer Geographie und Geschichte“ es dorthin geführt hätten:

Schon seit Heinrich dem Seefahrer, verkündete Ex-Außenminister Franco Nogueira, sei das „Antriebsmoment der portugiesischen Überseepolitik“ die „zivilisatorische Mission“ gewesen, die man in Afrika zu erfüllen habe. Denn in Portugal „wurden die geistigen Waffen geschmiedet“, phantasierte der frühere Überseeminister Adriano Moreira, „die eine Verbreitung der christlichen Lehre von der Gleichwertigkeit aller

Vermuteter Massaker-Ort Williamo, Augenzeuge: „Sie befahlen uns zu klatschen“



Menschen in der Welt erst möglich machen“.

Und da Portugal schließlich einst „die Isolierung Europas durchbrochen“ habe, „um die Welt zu einen“, so der Jura-Professor Fernando Pacheco de Amorim, dürfe es „jetzt nicht daran mitarbeiten, sie wieder aufzusplittern“.

Doch nicht „das christliche Feuer, ... das der ganzen Welt einmal Wärme gegeben hat“ (Moreira), bekamen die Kolonisierten zu spüren — vielmehr war die „Grunderfahrung Afrikas mit Portugal die der Gewalt“ (so der britische Afrika-Experte Basil Davidson).

Zunächst freilich schien ihnen der Schwarze Kontinent, den die Portugiesen im 15. Jahrhundert erstmals betraten, nur wenig interessant. Erst als die Baumwoll- und Zuckerplantagen Amerikas durch ihren Bedarf an Arbeitskräften den Sklavenhandel in Schwung

Eilig mühte sich Lissabon nun, weiße Siedler in seine beiden größten Kolonien, Angola und Moçambique, zu bringen — zu Anfang dieses Jahrhunderts lebten dort insgesamt nur 12 000 Weiße, fast ausschließlich in den Küstenstrichen. Blutige „Befriedungsexpeditionen“ ins Landesinnere wurden unternommen, von 1906 bis 1919 in Angola, von 1896 bis 1918 in Moçambique, bis 1936 in Guinea-Bissau.

Damit erschöpfte sich Portugals „zivilisatorische Mission“ fürs erste wieder. Der Diktator Salazar selbst setzte in 40 Regierungsjahren nie seinen Fuß auf afrikanischen Boden. Aber im Großmachtsrausch der dreißiger Jahre band der Mussolini- und Hitler-Bewunderer Salazar die Kolonien fester als je zuvor ans Mutterland und propagierte eine „panlusitanische Gemeinschaft“. Lusitanien — so hatten die Rö-

oder Getreide anzubauen und zu Niedrigstpreisen an portugiesische Monopolgesellschaften zu verkaufen. Im Jahre 1956 zum Beispiel mußten in Moçambique 519 000 Bauern Baumwolle anpflanzen — sie bekamen im Durchschnitt pro Person 11,17 Dollar Bezahlung für ein Jahr Arbeit.

Die vielrassige Gesellschaft war reine Legende.

Ein „Eingeborenen-Gesetz“ stufte alle Afrikaner, die kein Portugiesisch sprechen konnten, als Untermenschen ein: Sie besaßen keinerlei Bürgerrechte, durften gewisse Stadtviertel nach Dunkelheit nicht betreten und mußten Arbeitsdienst leisten.

Sie, die Masse der Koloniewohner, waren die letzte von vier Klassen



London-Besucher Caetano, Bonn-Besucher dos Santos*: „Freunde aus dem Untergrund“

brachten, besannen sich die Portugiesen auf ihre afrikanischen Entdeckungen.

„Das Land, das der Welt neue Welten gab“ (so der portugiesische Dichter Camões im 16. Jahrhundert), wurde zum ersten europäischen Land, das den Sklavenhandel in großem Stil betrieb — und zum letzten, das ihn aufgab: Noch bis 1878 verfrachteten die Portugiesen vor allem aus ihrer afrikanischen Kolonie Angola Schiffsladungen von Schwarzen nach Brasilien.

Elf Dollar Lohn pro Jahr.

Daß aber allein mit der Ausbeutung des einheimischen Rohstoffs Mensch noch kein Kolonialreich zu errichten ist, machten erst die anderen Kolonialmächte Portugal klar: Auf der Berliner Konferenz von 1884/85, auf der sie den Schwarzen Kontinent unter sich aufteilten, legten sie als Kriterium für Herrschaftsansprüche die „effektive Okkupation“ der Kolonialgebiete fest.

mer ihre südwesteuropäische Provinz genannt, aus der Portugal wurde. Nun aber beanspruchte der Name — bis heute — ein Imperium, das außer den in Afrika besetzten Gebieten auch noch die einstige Kolonie Brasilien einschloß.

Die Sklavenhalter-Mentalität der ersten Eroberer hatte sich über die Jahrhunderte kaum verändert. „Die Eingeborenen Afrikas“, lehrte der spätere Salazar-Nachfolger Caetano 1952 die Schüler der Universität Coimbra, „müssen von Europäern geführt werden, aber als Hilfskräfte sind sie unentbehrlich. Die Schwarzen sind als Produktivkräfte anzusehen, die in einer von Weißen geführten Wirtschaft eingesetzt werden.“

Die von Weißen geführte Wirtschaft zwang, in einer abgewandelten Form der Sklaverei, Hunderttausende von afrikanischen Bauern dazu, auf zugeordneten Parzellen Baumwolle, Tee, Reis

* Mit Briten-Premier Heath (l.), mit SPD-Vorstandsmitglied Wischnewski (r.) und Ex-Jusocheff Voigt (M.).

— nach den „Civilizados“, wie die Weißen hießen, den nicht negroiden Farbigen und den „Assimilados“, den angepaßten Negeren. Zu Assimilados — also dem Status von Schwarzen mit zumindest minimalen Bürgerrechten — brachten es bis heute nur wenige tausend Eingeborene.

Die von den Kolonialherren propagierte „vielrassige Gesellschaft“, in der es keine Rassendiskriminierung gibt, war reine Legende.

Zwar war der soziale Abstand zwischen den portugiesischen Neusiedlern und den Einheimischen geringer als in den Kolonien anderer Länder, waren die weißen Einwanderer oft fast ebenso arm und ungebildet wie die Schwarzen. Denn „wenn das alte britische Sprichwort sagt: ‚Offiziere nach Kenia, Feldwebel nach Rhodesien‘“, so Basil Davidson, „muß es für Portugal heißen: ‚Rekruten nach Angola und Moçambique‘“.

Doch Rassenschranken und Vorurteile existieren genau wie anderswo:



Noch 1950 gab es zum Beispiel in Angola (damals 4,6 Millionen Einwohner) nur 30 000 Mischlinge — das offene rassistische Südafrika hat eine Million. In Moçambique (7,8 Millionen) wurden im Jahr 1970 kaum ein Dutzend Heiraten zwischen Weißen und Schwarzen registriert. Und der heutige Ministerpräsident Marcello Caetano befahl 1945 als Kolonialminister: „In einem Punkt müssen wir auf rigoroser Rassentrennung bestehen — wir können keine ehelichen oder gelegentlichen Kreuzungen zwischen Schwarzen und Weißen zulassen.“

„Feldzug der Eroberung der Herzen.“

Erst spät fühlte sich das Regime zu kosmetischen Korrekturen seiner Kolonialpolitik gedrängt: Um Portugals Aufnahme in die Vereinten Nationen vorzubereiten, benannte Lissabon seine Kolonien in Übersee-Provinzen um. Als Portugal im Jahre 1956 wie alle neuen Mitglieder der Weltorganisation gefragt wurde, ob es Territorien ohne Selbstverwaltung besäße, antwortete Lissabon mit Nein.

Doch außer dem Namen hatte sich nichts geändert: Als 1956 Dockarbeiter in Lourenço Marques für bessere Ar-



Diktator Salazar
In 40 Jahren nie nach Afrika

beitsbedingungen streikten, brachten die Polizeikräfte 49 Streikende um.

Im Februar 1961 versuchten angolanische Nationalisten das Gefängnis von Luanda zu stürmen, um die dort inhaftierten politischen Gefangenen zu befreien; der Versuch endete mit Massenverhaftungen und -erschießungen.

Doch einen Monat später schlugen in Nordangola Tausende von Zwangsarbeitern gegen die portugiesischen Siedler los — der bewaffnete Kampf gegen die Kolonialherrschaft hatte begonnen und dehnte sich in den folgenden Jahren auf Guinea und Moçambique aus.

Erst jetzt, unter dem Zwang des Krieges, holtten die Portugiesen ein wenig von dem nach, was sie in 500 Jahren versäumt hatten:

Sie begannen, mehr — aber immer noch viel zu wenig — Schulen, Krankenhäuser, Straßen zu bauen und starteten, so der Oberbefehlshaber in Guinea-Bissau, Spínola, einen „Feldzug zur Eroberung der Herzen“. Erst jetzt, da ihr Besitz zum ersten Mal ernsthaft bedroht war, schienen sie zu begreifen, was die Übersee-Territorien für das Mutterland bedeutet haben:

Die in Europa kaum konkurrenzfähige Wirtschaft Portugals hatte in den Kolonien einen geschützten Absatzmarkt und für ihre Erzeugnisse zugleich eine schier unerschöpfliche Rohstoff- und dadurch auch Devisenquelle.

Mit den natürlichen Reichtümern seiner Kolonien lockte Portugal nun Bundesgenossen für die Erhaltung seines Imperiums an. Seit dem Ausbruch der Befreiungskriege öffnete Lissabon seine vorher abgeriegelten Kolonien weit für ausländische Investoren — und viele, viele kamen:

Die amerikanische Gulf Oil bohrt in Moçambique und in der angolanischen Exklave Cabinda nach Öl. Die angolanische Diamantengesellschaft Diamang wird von der südafrikanischen DeBeers-Gruppe beherrscht. Das Kapital der Carbonífera de Moçambique ist zu 60 Prozent in der Hand der belgischen

Société Minière et Géologique, die Aktienmehrheit der Companhia Angolana de Agricultura, die mehr als 80 Prozent der Kaffeeproduktion kontrolliert, gehört der französischen Bank Rallet & Cie. Die angolanischen Manganvorkommen werden von der amerikanischen Bethlehem Steel ausgebeutet.

Auch deutsche Firmen zog es in Portugals Kolonien: In dem internationalen Konsortium, das den umstrittenen Riesenstaudamm Cabora Bassa in der Moçambique-Provinz Tete baut, sind neben den Südafrikanern bundesrepublikanische Firmen am stärksten vertreten — die Siemens AG, AEG-Telefunken, Brown, Boveri & Cie., Hochtief AG und J. M. Voith GmbH.

Die Eisenerzvorkommen von Cassinga in Angola beutet ein Konsortium unter Führung von Krupp aus, die Frankfurter Urangesellschaft mbH schloß ein Prospektionsabkommen für Angola und Moçambique, die Gelsenkirchener Bergwerks-AG erwarb in Moçambique Erdölkonzessionen.

Diese Investitionen holte Portugal weniger deshalb ins Land, weil es sich plötzlich um die Entwicklung seiner Kolonien sorgte, sondern weil es hoffte, daß die ausländischen Partner, sobald sie in den Kolonien etwas zu verlieren haben, dem Kolonialregime bei der Erhaltung des Status quo helfen würden.

Um die Investitionen im Kriegsgebiet attraktiv zu machen, bot Portugal potentiellen Anlegern denkbar günstige Bedingungen: Sie brauchen zehn Jahre lang keine Steuern zu zahlen und können ihre Gewinne unbeschränkt ausführen. Keine Auflage verpflichtet die ausländischen Firmen, den einheimischen Arbeitern mehr als Hungerlöhne zu zahlen:

Das britische Unternehmen Sena Sugar zum Beispiel, das zwei Zuckerplantagen in Moçambique besitzt und im vergangenen Jahr rund neun Millionen Mark Gewinn erwirtschaftete, zahlt seinen Zuckerrohr-Schnittern knapp 70



Frelimo-Guerillas bei der Nahkampfausbildung:

Mark im Monat; die Arbeiter in den Zuckermöhlen der Firma erhalten zwischen 80 und 100 Mark monatlich. Peter du Boulay, einer der Direktoren der Sena Sugar, erklärte einem Korrespondenten des Londoner „Guardian“, warum die Löhne so niedrig sind: Wenn die Arbeiter mehr Geld bekämen, würden sie nach Ablauf ihres Vertrages gleich wieder in den Busch zurückkehren, da sie von Natur aus faul seien.

So tun die ausländischen Investoren wenig für die Entwicklung des Landes — doch zu den Kosten für die Bekämpfung der Befreiungsbewegungen steuern sie im eigenen Interesse bei:

Die Diamang beteiligte sich 1961 und 1962 an der Finanzierung von Kasernenbauten und Militärstationen und stellte 1962 eine Summe von 88,6 Millionen Escudo für den Krieg zur Verfügung. Seither streicht die Kolonialverwaltung regelmäßig von ausländischen Firmen Abgaben zur „Verteidigung des nationalen Erbes“ ein.

Hilfe von den Nachbarn.

Die Heimatregierungen der Auslandsunternehmen halfen ebenfalls: Portugals größter Handelspartner Großbritannien — den Portugiesen seit 600 Jahren durch einen Militärvertrag verbunden — lieferte sofort nach dem Aufstand in Angola 1961 zwei Kriegsschiffe an Lissabon, die gleich in die Kolonien weiterdampften. Später folgten Flugzeuge und Armee-Jeeps.

Auch die übrigen Nato-Partner schickten Militär-Material an die Portugiesen: Alouette-Hubschrauber und Noratlas-Transportmaschinen die Franzosen, Bombenflugzeuge die Amerikaner, Düsenjäger und Kriegsschiffe die Deutschen.

Zusätzlich suchte Portugal selbst noch Unterstützung bei artverwandten

Anrainern des Südatlantik: Südafrika und Brasilien, Angola, Moçambique und Rhodesien, so propagierte Portugal, sollten sich in einem Südatlantik-Pakt (Sato) zusammenschließen.

Zwar ist aus der Sato bislang noch nichts geworden, doch brasilianische Investitionen stiegen vor allem in Angola sprunghaft an, Rhodesier und Portugiesen gehen gemeinsam auf Guerilla-Jagd, Südafrika stellte Material und Spezialisten für den Krieg.

So verkommt Portugals Anspruch, „zwischen Südafrika, das die Schwarzen diskriminiert, und Nordafrika, das die Weißen verfolgt“, eine Zone zu wahren, „in der die ewigen Werte des Humanismus noch gelten“ (Moreira), zu einer Anbiederung an die rassistischen Herrenmenschen-Regime des südlichen Afrika.

Im eigenen Land und in seinen Kolonien durch die Interessen der wirtschaftlich mächtigeren Staaten selbst kolonisiert, bleibt den Portugiesen, so Basil Davidson, allein „die schmutzige Aufgabe, law and order zu sichern“.

Aber nur mit seinen Kolonien, deren Besitz an die gestrige Größe erinnert, glaubt Portugal seinen Platz in der Welt behaupten zu können. Denn die Gegenwart im eigenen Land ist armselig: Die kleine Nation am Südwestzipfel des Kontinents, die erstmals die Epoche europäischer Weltherrschaft begründete, ist heute der rückständigste Staat im westlichen Europa.

Nur in der Türkei liegt das Pro-Kopf-Einkommen niedriger, ist die Kinder- und Säuglingssterblichkeit höher, wird pro Kopf weniger Fleisch und Fett verbraucht, ist der Energiekonsum geringer, gibt es weniger Telefone und mehr Analphabeten.

Gleichwohl leistet sich dieses Portugal die relativ höchsten Militärausgaben der Nato: Über die Hälfte ihres Staatshaushalts wendet die Kolonialmacht für „Verteidigung und Sicherheit“ auf. Ein Heer von 180 000 Mann — größer als die Volksarmee der hochgerüsteten DDR — soll den bedrohten Besitz in Afrika retten, in dem bisher mindestens 8000 Portugiesen fielen.

Doch die Bevölkerung nimmt den blutigen Widersinn duldend hin. Sie zittert noch immer unter jener „Herrschaft des Schweigens“ (so der im Pariser Exil lebende Oppositionsführer Mário Soares), die António de Oliveira Salazar dem Land in seiner 40jährigen Diktatur aufgezwungen hat: ein Regime systematischer Unterdrückung, das allein die Interessen einer dünnen Oberschicht schützt.

Zur Hauptstütze seines Regimes machte Salazar die „Policia Internacional e de Defesa do Estado“ (Pide), den fast allgegenwärtigen Terrorapparat der Geheimpolizei, heute DGS genannt. Ihre Spitzel sitzen in Büros und Cafés, in Hörsälen der Universitäten und fast

immer auch in den Reihen der illegalen Opposition. Ohne das Plazet der Geheimpolizei kann in Portugal niemand Lehrer oder Krankenhausarzt werden, in den Vorstand eines Vereins aufrücken oder zum Doktor promovieren.

Eine Oligarchie von annähernd 100 Familien teilt wirtschaftlichen und politischen Einfluß unter sich auf. Als mächtigste unter ihnen gilt der De-Mello-Klan. Ihm gehören große Anteile der „Companhia União Fabril“ (CUF), des



Portugiesisches Propagandaplakat*
„Keine Kreuzung zugelassen“

größten Konzerns der iberischen Halbinsel mit über 160 Mehrheitsbeteiligungen bei Banken, Brauereien, Reedereien, Werften, Hotels und Unternehmen der Öl-, Kupfer- und Chemie-Industrie.

Mit den de Mellos verschwägert, besitzt die Sippe der Champalimauds ihrerseits Aktienpakete von Portugals beiden größten Papiermühlen, von Stahl- und Zementwerken und einer Bank. Die Familien Vinhas und Lagos ziehen ihren Reichtum aus Kaffee- und Zuckerplantagen in den Afrika-Kolonien.

Paradies für Milliardäre.

Durch geschickte Personalpolitik sicherte sich die Besitzerschicht auch eine einflußreiche Lobby im Staatsapparat. So

▷ war Franco Nogueira, Vorstandsmitglied der Espírito-Santo-Bank und des Verwaltungsrats der durch Angola führenden Benguela-Bahn, früher Außenminister;

▷ war Vieira Machado von der Überseebank „Banco Nacional Ultrama-



Als Hilfskräfte unentbehrlich

* Aufschrift: „Gleich im Vaterland, gleich vor dem Gesetz, wir sind alle Portugiesen“.

mino“ Minister für die „Übersee-Provinzen“;

- ▷ war Correia de Oliveira, Präsident bei der Bank Fonsecas & Burnay, früher Wirtschaftsminister;
- ▷ wurde der CUF-Direktor Teixeira Pinto Wirtschaftsminister und wechselte dann in eine Bank der Champalimaud-Sippe;
- ▷ waren die Direktoren Gomes de Araujo (International Standard Electric) und Canto Moniz (Überseebank) vorher Minister für das Nachrichtenwesen.

Portugal gilt auch betuchten Ausländern als Paradies der Reichen. Nicht von ungefähr ließen sich Milliardäre wie der aus Bolivien vertriebene Zinnmagnat Patiño sowie abgehalfterte Herrscher wie die Ex-Könige Umberto von Italien und Carol von Rumänien oder Ungarns Reichsverweser Horthy und Kubas Diktator Batista im feudalen Estoril nieder.

Durchbruch der Guerillas dank der Portugiesen.

Portugals Industrie brauchte jahrelang keine Konkurrenz zu fürchten: Lizenzen für Neuinvestitionen wurden bis vor kurzem nur dann erteilt, wenn die Unternehmer derselben Branche keinen Einspruch erhoben.

Portugals meist unterkapitalisierte Kleinunternehmer, von kurzfristigen Krediten der Großbanken abhängig, hielten sich ihrerseits an den billigen Arbeitskräften schadlos. So verdient ein portugiesischer Textilarbeiter nur ein Sechstel des Lohnes seines deutschen Kollegen.

Das soziale Elend bewirkte eine der einschneidendsten Veränderungen der vergangenen Jahre: Etwa zehn Prozent aller Einwohner Portugals, annähernd eine Million Menschen, verließen zwischen 1960 und 1970 — teils über die grüne Grenze — den Staat, der ihnen keine Existenz bieten konnte. Vorwiegend als Gastarbeiter in Frankreich und der Bundesrepublik tätig, halfen sie aber mit ihren Devisen-Überweisungen, im vergangenen Jahr Portugals Außenhandelsdefizit zu zwei Dritteln auszugleichen.

Die militärische Belastung durch den Kolonial-Kampf zwang das Regime auch, zunehmend Touristen und ausländisches Kapital anzulocken. Doch der wirtschaftlichen Öffnung des lange Zeit eingekerkelten Salazar-Staates folgte keineswegs die von der Opposition erhoffte politische Lockerung, als Diktator Salazar 1968 nach einem Gehirnschlag abtrat.

Wo einst bei Salazar das innenpolitische Chaos als Alibi für das autoritäre Regiment diente, muß bei Nachfolger Caetano heute der Kolonialkrieg für das Verweigern jeder Liberalisierung herhalten. Die „demokratische Opposi-

tion“ brandmarkte auf einem Kongreß das Regime offen als „mörderisch“.

Und sogar besonnene Politiker wie der sozialistische Oppositionelle Mário Soares befürworten jetzt, was militante Untergrund-Gruppen gegen das Regime und seinen Kolonialkrieg bereits praktizieren: Gewalt. Frelimo-Führer dos Santos zum SPIEGEL: „Die Portugiesen werden Moçambique nur verlassen, wenn wir sie mit Waffengewalt vertreiben.“

Wie die innerportugiesische Opposition waren die Afrikaner zu dieser Erkenntnis erst gekommen, nachdem sie jahrelang versucht hatten, auf friedli-



Gefängnis in Moçambique: Noch 50 Jahre?

chem Wege Änderungen herbeizuführen. Heute kämpfen in kleinen, gutorganisierten Guerilla-Armeen

- ▷ etwa 10 000 Mann der „Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln“ (PAIGC) in ungefähr zwei Dritteln der ärmsten Afrika-Provinz Guinea-Bissau;
- ▷ über 7000 Soldaten der „Volksbefreiungsfront für Angola“ (MPLA) und etwa 5000 Kämpfer der „Nationalen Front für die Befreiung Angolas“ (FNLA) in zehn Provinzen Angolas;
- ▷ rund 9000 Männer der „Frente de Libertação de Moçambique“ (Frelimo) vor allem in den Provinzen Cabo Delgado, Niassa und Tete in Moçambique.

Ausgerüstet mit Waffen aus sozialistischen Ländern — von Kuba über die Ostblockstaaten bis China —, unterstützt durch Gelder von den afrikanischen Nachbarn, von Kirchenorganisationen und westeuropäischen Regierungen, entwickelten sich die Guerillas trotz der zahlen- und waffenmäßig überlegenen portugiesischen Kriegsmaschine zu einer Bedrohung für das Kolonialregime.

Im Ausland oft als untereinander zerstrittene Rebellenbanden abqualifiziert, gelang den Freiheitsbewegungen jetzt auch der Durchbruch in der Weltmeinung — dank der Portugiesen.

Denn so wie die Anteilnahme der Weltöffentlichkeit der vietnamesischen Befreiungsbewegung erst zuteil wurde, als eine erbarmungslose amerikanische Militärmaschinerie ihr Land verheerte, so bedurfte es der Massaker-Meldungen, um Publizisten und Politiker weltweit gegen den Kolonialkrieg in Afrika zu mobilisieren.

Noch sucht das Regime weiße Siedler in die umkämpften Kolonien zu ködern: 150 Hektar Farm- und 150 Hektar Weideland soll jeder Weiße gratis erhalten, der bereit ist, sich in den bedrohten Nordprovinzen von Moçambique niederzulassen, dazu freie Fahrt dorthin, ein Haus und einen Staatskredit von 30 000 Mark.

Doch kaum ein Caetano-Bürger folgte noch dem Ruf, immer mehr junge Portugiesen suchen sich dem vierjährigen Wehrdienst zu entziehen, immer mehr desertieren.

Vergebens griff Caetano auf finstere Geschichtsvorbilder zurück, um Portugals Mission in Afrika zu motivieren: „Die ganze Geschichte der Menschheit“, dozierte er

in einem TV-Monolog, „besteht aus Einwanderung und Kolonisierung. Weder Nord- noch Südamerika wurden von den eingeborenen Indianern kolonisiert, und sie werden auch nicht von ihnen geriert.“

Wahr. Doch die Zeit der Pilgerväter liegt dreihundert, jene der Konquistadoren vierhundert Jahre zurück, und die Ära der weißen Herrschaft über Afrika ist außerhalb der Latifundien Lissabons seit über einem Jahrzehnt abgelaufen.

Mochte sich ein portugiesischer Abgeordneter auch trösten, „die Engländer waren hundert Jahre in Afrika und wurden in zehn Jahren hinausgeworfen, wir sind seit 500 Jahren dort, warum sollen wir nicht noch 50 Jahre bleiben“ — die Geschichte wird dem lusitanischen Popanz kaum noch mehr als einen Bruchteil dieser Zeit geben.